



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 08.06.2017**

Sitzungsnummer: v.-Ver/035/2017

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Jörg Heinz	
Frau Edina Hippe	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	

Frau Petra Strauß	
-------------------	--

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Herr Manfred Lister	
Frau Jutta Thiele	

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Rebecca Herzog-Meister	
-----------------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Herr Jörg Rüppel	
------------------	--

SPD-Fraktion

Herr Stefan Fiege	
Frau Gabriele Kniese	

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Stefan Happel	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

23:19 Uhr

- 1 -

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten und überreicht einem Stadtverordneten ein Geschenk zu seinem runden Geburtstag. Anschließend weist er auf die Einweihungsfeier für den unteren Stad hin.

Herr Stv.-V. Hamp trägt die Antwort der SPD-Landtagsfraktion zu unserer Resolution betr. der Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten vor.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 03.06.2017 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Das Protokoll vom 04.05.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 28 Nein: 0 Enthaltungen: 6

Anschließend stellt Herr Stv.-V. Hamp den Antrag der Stv.-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Altlastenkataster für das Gebiet der Kreisstadt Eschwege zur Abstimmung, ob der Antrag auf die heutige Tagesordnung genommen werden soll.

Herr Stv. Feiertag ist der Ansicht, dass dies ein brisantes Thema sei und künftig in Bebauungspläne integriert werden solle.

Herr Bgm. Heppe sagt aus, dass beim Regierungspräsidium eine Anfrage schon erfolgt sei. Das Kataster existiert bereits, jedoch ist eine rechtsverbindliche Auskunft betr. grundstücksbezogener Daten von Dritten aus Datenschutzgründen allgemein nicht möglich. Für die städt. Grundstücke werden die Daten aber im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt.

Herr Stv. Dietrich vertritt die Meinung, dass die Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden bewahrt werden solle und führt verschiedene Standorte aus. Es bestehe auch Gefahr für das Grundwasser.

Herr Stv. Schneider lenkt ein, dass nur entschieden werden solle, ob der Antrag auf die Tagesordnung kommt und man solle nicht zum jetzigen Zeitpunkt über den Inhalt diskutieren.

Beschluss:

Der Antrag der Stv.-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Altlastenkataster für das Gebiet der Kreisstadt Eschwege“ wird nachträglich auf die Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 15 Nein: 18 Enthaltungen: 1

Herr Stv. Montag möchte den Tagesordnungspunkt 4 „Kinderbedarfs- und –ausbauplanung 2017 – 2020“ und den Tagesordnungspunkt 9 „Antrag der SPD-, Linken- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. die kurzfristige und langfristige Abdeckung des Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen in Eschwege“ zusammen besprechen, da sie inhaltlich zusammen gehören.

Beschluss:

Beschlossen

Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

TOP	Titel	
1.	Grundstücksverkauf im Gewerbegebiet Eisenacher Straße	6
2.	1. Lagebericht 2017 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege Berichtszeiträume: 01.01.2016 bis 31.12.2016 und 01.01.2017 bis 30.04.2017	7
3.	Städtische Kindertagesstätte „Farbenland“; „Schwerpunkt Gesundheit“ und Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung	7
4.	Kindergartenbedarfs- und Ausbauplanung 2017 – 2020	8
5.	Antrag der SPD-, Linken- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. die kurzfristige und langfristige Abdeckung des Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen in Eschwege	10
6.	Medienwerk – Studio für die geteilte Kommunikation und Film	11
7.	Überplanmäßige Auszahlung für die Vergabe der Arbeiten für die Konzeptphase im Rahmen der „Integrierten energetischen Quartierssanierung“ sowie der vorbereitenden Untersuchungen für Brückenhausen	11
8.	Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 3.42; Aufstellungsbeschluss und Bebauungsplan Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“; Aufstellungsbeschluss.....	12
9.	Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts	13
10.	Magistratsbericht Berichterstatter: Bgm. Heppe.....	14
11.	Anregungen.....	19
11.1	Organisation der Stadtverordneten-Sitzungen	19

1. Grundstücksverkauf im Gewerbegebiet Eisenacher Straße

Zuständiger Fachbereich: - 03/4 -

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Bödicker (Vorsitzender Ausschuss Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss, der einstimmig empfiehlt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Er erläutert das Vorhaben und gibt für die CDU-Stv.-Fraktion bekannt, dass diese das Vorhaben begrüßt.

Von Herrn Stv. Reyer kommt der Einwand, dass die Vorlage nicht präzise genug sei. Die genaue Größenangabe der Fläche steht im Grundbuch. Daher müsse in der Vorlage keine „ca.-Größe“ stehen und es fehlen auch Angaben, was z. B. in den Kosten genau enthalten ist. Ansonsten begrüßt die SPD den Verkauf.

Herr Stv. Schneider wendet ein, dass heute nur über das grundsätzliche Vorhaben abgestimmt werden soll und der Magistrat die Ermächtigung zum Verkauf erhält. Die Einzelheiten sind im Rahmen der Vertragsverhandlungen von beiden Vertragsparteien zu regeln.

Herrn Stv. Feiertag ist auch nicht ersichtlich, welche Grundstücksgröße verkauft wird und ob im Grundstückspreis die Erschließungskosten enthalten sind.

Herr Stv. Gassmann schlägt vor, da das Flurstück in der Vorlage konkret genannt ist, soll nur das Wort „ca.“ gestrichen werden.

Herr Bgm. Heppe erläutert hierzu, dass Teilflächen herausgerechnet würden und daher Verschiebungen möglich seien. Deshalb die „ca.-Angabe“, bei dem Verkaufspreis sind die Erschließungskosten inklusive.

Beschluss:

Dem Verkauf des Grundstücks Flur 4 Flurstück 270/11 im Gewerbegebiet Eisenacher Straße wird unter den im Sachverhalt vorgenannten Konditionen zugestimmt.

Alle im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Erwerbers.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 1

**2. 1. Lagebericht 2017 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege
Berichtszeiträume: 01.01.2016 bis 31.12.2016 und 01.01.2017 bis 30.04.2017**

Zuständiger Fachbereich: - 21 -

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Lister (Vorsitzender des Finanzausschusses) erläutert die positive Entwicklung, aber auch den Rückgang der Gewerbesteuer. Er führt noch weitere Aspekte an, z. B. dass geplante Investitionen nur teilweise umgesetzt wurden und dass die Pensionsrückstellung des ehemaligen Stadtkämmerers eine einmalige Zahlung sei.

Herr Stv. Heinz meint, die Überschüsse sind dank der jahrelangen Haushaltskonsolidierung beeindruckende Zahlen. Er nimmt noch Bezug auf die Pensionsrückstellungen und erläutert, dass für diese Summe der ehemalige Stadtkämmerer noch einige Zeit hätte beschäftigt werden können.

Von Herrn Stv. Lister kommt der Einwand, dass der Aufwand auch bei Weiterführung der Tätigkeit so gekommen wäre.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

3. Städtische Kindertagesstätte „Farbenland“; „Schwerpunkt Gesundheit“ und Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung

Zuständiger Fachbereich: - 33 -

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Frau Stv. Knapp-Lohkemper (Vorsitzende Ausschuss Familie und Soziales) trägt aus dem Ausschuss vor und begrüßt, dass in der Kita eine gesunde Ernährung für alle Kinder, auch sozial benachteiligte Kinder, gereicht werden soll. Sie bedankt sich beim Personal für das Engagement.

Auch Herr Stv. Dietrich begrüßt den Vermittlungsgedanken von gesunder Ernährung an die Kinder. Dass dafür die Gebühren steigen, sieht er jedoch kritisch.

Herr Stv. Gassmann unterstützt die Aussage von Herrn Stv. Dietrich. Er erinnert aber an die Resolution betr. Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten. Er bemängelt die Gebührenerhebung, stimmt aber dem Vorhaben zu.

Herr Stv. Montag schließt sich mit der SPD den Vorrednern an. Die neue Regelung für die Kita sei auch ein Signal an andere Kitas, nachzuziehen. Ggf. könne die Beschlusslage hinsichtlich der einzuführenden Gebühren geändert werden.

Frau Stv. Knapp-Lohkemper erläutert, dass das Konzept im März d. J. eingeführt wurde und die Eltern einverstanden seien und bereits zugestimmt haben. Sie zahlen auch schon die neuen Beträge in Höhe von 10,00 €/Monat freiwillig.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 2. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung für die städtische Kindertagesstätte „Farbenland“ in Eschwege-Oberhone wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 0

4. Kindergartenbedarfs- und Ausbauplanung 2017 – 2020

Zuständiger Fachbereich: - 33/43 -

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Frau Stv. Knapp-Lohkemper (Vorsitzende Ausschuss Familie und Soziales) erläutert, dass der Sachverhalt in zwei Sitzungen erörtert und bei zwei Enthaltungen mehrheitlich beschlossen wurde. Sie gibt noch einmal die wesentlichen Punkte der Vorlage wieder. Anschließend spricht sie für die CDU-Stv.-Fraktion, die zustimmen wird, und betrachtet dies als wichtiges Signal an die Eltern. Sie bedankt sich bei der Verwaltung.

Herr Stv. Feiertag bedankt sich bei dem Magistrat inkl. Bürgermeister sowie bei der Verwaltung für die in kurzer Zeit geleistete Arbeit.

Da das Thema zu komplex sei, bittet er darum, künftig in solchen Fällen Tischvorlagen zu vermeiden. Die Überprüfung der beschriebenen Varianten möchte er im Ausschuss vorgestellt haben. Dem Beschluss b) wolle man nicht zustimmen, da erst eine Variantenprüfung vorzunehmen sei. Im Übrigen solle die Fläche des ehem. Freibades für ein Freibad vorgehalten werden. Im Hinblick auf die Innenstadtverdichtung und der vorhandenen Infrastruktur soll auch eine Möglichkeit im Stadtzentrum geprüft werden.

In diesem Zusammenhang muss der genaue Bedarf zum 01.08.2017 feststehen, daher ist mit den Trägern zu klären, ob aktuell ein Bedarf an Kita-Plätzen vorliegt.

Herr Stv. Montag schlägt den Zusatz vor, dass alle 21 genannten Varianten im Ausschuss vorgestellt würden.

Herr Bgm. Heppe erläutert die Gründe, warum nur drei Varianten vorgestellt werden. Die Auswahl wurde in einer fachlich kompetenten und fachbereichsübergreifenden AG getroffen. Die restlichen Varianten können noch im Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Stv. Gassmann bestätigt Herrn Stv. Feiertag und schlägt vor, auch weitere Orte zu prüfen, z. B. die alte städt. Gärtnerei, um eine bedarfsgerechte Auswahl zu treffen.

Herr Stv. Reyer bemängelt die fehlenden Informationen an die Stadtverordneten, da er einiges erst aus der Presse erfahren habe. Die Tischvorlage hätte bereits in der gestrigen Ausschuss-Sitzung vorliegen können. Außerdem sei der Bedarf schon lange da und dann würde kurzfristig eine Tischvorlage vorgelegt. Außerdem fehle es an Transparenz der Entscheidungen. Im Ausschuss soll noch vorgestellt werden, welche Flächen geprüft wurden. Hierzu müssen aber auch die Ausschüsse Finanzen sowie Bauen und Umwelt beteiligt werden.

Herr Stv. Grüning erläutert, dass die Standortsuche bereits im Ausschuss vorgenommen wurde. Er spricht sich für eine innerstädtische Planung aus.

Herr Stv. Schneider widerspricht den Vorrednern, denn die Inhalte und die 21 genannten Grundstücke seien bereits im Ausschuss am 27.04.2017 bekannt gegeben worden, und es fand immer eine transparente Kommunikation über Magistrat und Ausschuss statt, über deren Ergebnisse sich alle Fraktionen hätten informieren können. Die Realisierbarkeit der 21 Standorte wurde sachgerecht geprüft.

Herr Bgm. Heppe verteidigt die Magistratsmitglieder und weist Kommunikationsprobleme zurück.

Herr Stv. Dietrich bemängelt die unsachliche Diskussion. Es sollte doch um die Kinder gehen. Im Ausschuss waren 2 Enthaltungen, aber wenn Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hätten abstimmen dürfen, wären es zwei Nein-Stimmen gewesen. Er erwartet von einer familienzertifizierten Kommune ein vorausschauendes Denken. Außerdem wirft er die Frage auf, wo das Personal herkommen solle.

Herr Stv. Bödicker schlägt als Ergänzung zu Beschlussvorschlag b) eine grundsätzliche Zustimmung vor sowie die Variantenprüfung in den Ausschüssen Familie und Soziales sowie Bauen und Umwelt.

Herr Bgm. Heppe sagt zu, dass der Bedarf noch bei den Eltern nachgefragt werden soll. Bei den Standorten sei man noch in Gesprächen mit den Grundstückseigentümern. Diese Entwicklung der Bedarfsplanung war auch nicht vorhersehbar.

Herr Stv. Gassmann lobt den Fachdienst und das erarbeitete Ergebnis, aber auch andere Objekte solle man im Auge behalten.

Herr Stv. Lister trägt haushaltsrechtliche Bedenken vor. Die entsprechenden Haushaltsmittel müssten für den Haushalt 2018 erst noch eingeplant werden.

Herr Stv. Feiertag verfolgt weiterhin die Variantendiskussion. Dies habe auch mit der Finanzierung zu tun. Er schlägt vor, in der Vorlage bei dem Beschluss unter b) die Zahl „3“ durch „geeigneten“ zu ersetzen.

Die Sitzung wird von Herrn Stv.-V. Hamp von 21:39 – 21:46 unterbrochen.

Anschließend ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung

- a) - stimmt der Bedarfsplanung 2017 – 2020 und
 - dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote auf Basis von Bedarfszielwerten und der damit verbundenen Steuerung für die Kindergartenjahre 2017/18, 2018/19, 2019/20 und 2020/21 zu.
 - Die Bedarfsplanung soll jährlich fortgeschrieben und dem Ausschuss für Familie und Soziales vorgelegt werden.
 - Der Magistrat wird beauftragt, sich mit den Trägern auf Regeln der unterjährigen Aufnahme von Kindern zu verständigen.

- b) nimmt die Ausbauplanung von Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2020 zur Kenntnis und stimmt dieser grundsätzlich zu. Eine mindestens 5-gruppige Einrichtung ist zu verwirklichen. Die geeigneten zu verfolgenden Varianten (u. a. Schwimmbad, Bahnhof, Post) sind gleichermaßen zu prüfen. Der Magistrat wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Realisierung (Grunderwerb, Planung, Genehmigung etc.) zu prüfen und die Ergebnisse den städtischen Gremien zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 32 Nein: 1 Enthaltungen: 0

5. Antrag der SPD-, Linken- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. die kurzfristige und langfristige Abdeckung des Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen in Eschwege

Zuständiger Fachbereich: - 33/4 -

Herr Stv. Feiertag trägt den gemeinsamen Antrag der SPD-, Linken- und Grünen-Stv.-Fraktion vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

1. eine kurzfristige Lösung zum 1. August 2017 zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen zu schaffen und
2. die Planung eines sechsgruppenigen Kindergartenneubaues aufzunehmen und umzusetzen.

Begründung:

In unserer Stadt fehlen zum kommenden Kindergartenjahr im August diesen Jahres etwa 80 Kitaplätze. Ein solch massiver Fehlbedarf ist für die Familienstadt Eschwege ein unrühmlicher Zustand und eine Gefahr dahingehend, dass unsere Stadt bei jungen Familien an Ansehen und Wertschätzung verliert. Das muss schnellstmöglich behoben und verhindert werden. Zumal bereits Mittel für eine neue Kindertagesstätte im Haushalt festgeschrieben waren, die trotz absehbarem Fehlbedarf wieder aus dem Haushalt gestrichen worden sind. Vor dem Hintergrund des gesetzlichen Rechtsanspruchs ist die Stadt in der Pflicht, entsprechende Platzkapazitäten zu schaffen. Damit der herrschende Bedarf gedeckt werden kann, muss die Stadt nun handeln. Der zertifizierten familienfreundlichen Stadt Eschwege stünde es gut, wenn sie die benötigten Kapazitäten so schnell wie möglich schaffen würde.

Frau Stv. Jaqueline Stolle trägt Änderungen vor und sieht den Antrag als wichtigen Abschluss zum vorherigen Punkt. Sie schlägt vor, Nr. 2 zu streichen und durch eine Planung zum 01.08.2018 umzusetzen.

Herr Bgm. Heppel erläutert, dass die AG bereits damit befasst sei und das Ergebnis in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Familie und Soziales sowie Bauen und Umwelt am 20.06.2017 vorgestellt wurde.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. eine kurzfristige Lösung zum 1. August 2017 zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen zu schaffen und
2. sicherzustellen, dass zum 01.08.2018 ausreichend Kindergartenplätze vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 15 Nein: 9 Enthaltungen: 9

**6. Medienwerk – Studio für die geteilte Kommunikation und Film
Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung nach § 100 HGO**

Zuständiger Fachbereich: 4/2

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Beschluss:

Der Eigenanteil der Stadt Eschwege in Höhe von rd. 115.000,00 € wird außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Da Stadtverordneten-Sitzungen um 22:00 Uhr enden sollen, erfolgt vor Einstieg in den nächsten TOP folgender Beschluss:

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 16 Nein: 15 Enthaltungen: 2

**7. Überplanmäßige Auszahlung für die Vergabe der Arbeiten für die Konzeptphase im
Rahmen der „Integrierten energetischen Quartierssanierung“ sowie der vorbereitenden
Untersuchungen für Brückenhausen**

Zuständiger Fachbereich: - 41 -

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Feiertag will zustimmen, aber auch wissen, was bei den ersten Projekten erarbeitet worden ist und welche Ergebnisse für die Stadt realisierbar seien.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung nach § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung in Höhe von 36.644 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0

8. Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 3.42; Aufstellungsbeschluss und Bebauungsplan Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“; Aufstellungsbeschluss

Zuständiger Fachbereich: - 41/42/43 -

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender Ausschuss für Bauen und Umwelt) trägt aus dem Ausschuss vor. Da ein Bedarf an Bauplätzen besteht, schlägt der Ausschuss einstimmig die Annahme vor. Auch die CDU-Stv.-Fraktion begrüßt das Vorhaben.

Herr Stv. Feiertag trägt folgende Punkte vor:

- *Bevor die Planung beginnt, muss das Altlastenthema geklärt werden.*
- *Es sollte sich mehr auf den Innenstadtbereich statt auf den Stadtrand konzentriert werden. Es ist aber klar, dass nicht alle von einem Innenstadtwohnen überzeugt sind.*
- *Es müssen beim derzeitigen Planungsstand die Anwohnerinteressen berücksichtigt werden. Er sieht daher Überarbeitungsbedarf, insbesondere in der Anordnung der Bauplätze.*

Herr Stv. Schneider meint, dass die Stadt die Gelegenheit bieten muss, ein Haus zu bauen, daher ist die zusätzliche Ausweisung von Neubaugebieten zukunftsweisend. Der Hinweis auf Bodenbelastung wird überprüft.

Herr Stv. Dietrich trägt ergänzend zum Beschlussvorschlag vor, dass das Thema Altlastenkataster als Pkt. D aufgenommen wird. Die Stadtverordnetenversammlung hätte die Pflicht, ihre Wähler/innen vor Schaden zu bewahren.

Herr Bgm. Heppe gibt rechtliche Probleme zu bedenken, aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfen nur Betroffene eine Anfrage zum Altlastenkataster beim RP Kassel stellen. Private müssen mit der Offenlegung ihrer Grundstücksdaten einverstanden sein, für städt. Grundstücke wird es gemacht.

Herr Stv. Montag fordert die Ergänzung des Beschlussvorschlages um die Prüfung der Altlasten auf den Grundstücken.

Herr Stv. Schneider sieht rechtliche Probleme bei einer Erweiterung des Beschlussvorschlages und schlägt Herrn Stv. Dietrich vor, den Antrag neu zu stellen.

Herr Stv. Dietrich bemängelt, dass bei so etwas Wichtigem wie die Umwelt so eine Diskussion entstanden sei.

Herr Stv.-V. Hamp weist Änderungsanträge zu Beschlüssen zurück, die wegen Rechtswidrigkeit ungültig sind.

Herr Stv. Gassmann bestätigt im Wesentlichen die Aussagen von Herrn Bgm. Heppe. Es kann allerdings nicht angehen, dass Grundstücksdaten bei wichtigen Risiken geheim bleiben. Erst müsste eine Altlastenuntersuchung stattfinden und dann der B-Plan aufgestellt werden. Auch Baugebiete in der Innenstadt sollten geprüft werden.

Herr Stv. Feiertag weist auf das Umweltinformationsgesetz hin, aus dem es möglich sei, reine umweltbezogene Daten zu erhalten.

Herr Stv. Reyer bittet um Klärung der Vorgehensweise.

Herr Bgm. Heppe erläutert, dass ein entsprechender Antrag wegen der Altlasten für das Baugebiet bereits gestellt wurde, aber die Ergebnisse nur der Stadt als Behörde offengelegt werden. An Dritte,

dazu zählen auch Stadtverordnete, kann dies nur mit Einverständnis der Grundstückseigentümer erfolgen.

Herr Stv. Dietrich zieht seinen Änderungsantrag zurück, kündigt jedoch einen neuen Antrag für die nächste Stadtverordneten-Sitzung an.

Beschluss:

- a) Die Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 3.42 für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“ wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
- b) Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“ wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 152 umfasst folgende Flurstücke: 127, 128, 129/1, 131, 132, 133, 134, 135/1, 135/2, 135/3, 135/4, 136, 137/1, 137/2, 138, 139/1, 217/8 und 217/11 sowie die Flurstücke 217/6, 217/7 und 217/9 alle teilweise, Flur 5, Gemarkung Eschwege. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 152 ist in der Anlage 1 zu dieser Vorlage dargestellt.
- c) In den beiden Bauleitplanverfahren sind parallel die Öffentlichkeit und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 und 4 (1) BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 17 Nein: 6 Enthaltungen: 5

9. Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts

Zuständiger Fachbereich: - 03/4 -

Herr Stv. Schneider trägt den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv. Fraktionen vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, das „Einzelhandels- und Zentrenkonzept“ aus dem Jahr 2009 fortzuschreiben und damit den aktuellen Voraussetzungen anpassen zu lassen.

Begründung:

Im Jahr 2009 wurde das „Einzelhandels- und Zentrenkonzept“ diskutiert und beschlossen. Seither bildet es die Grundlage für die städtische Einzelhandelsentwicklung und -steuerung. In den vergangenen acht Jahren war es eine gute Basis für Entscheidungen im Handel. Wir sehen aber auch, dass der Handel sich sehr dynamisch entwickelt und auch die Anforderungen der Kunden sich geändert haben. Zudem möchten wir sicherstellen, dass auch aktuelle Rechtslagen und Rechtsprechung Berücksichtigung finden. Ferner sehen wir auch die Notwendigkeit, die strategischen Aussagen auf ihre Aktualität zu prüfen.

Herr Stv. Dietrich will dem Antrag nicht zustimmen. Er plädiert für gemütliche Innenstädte.

Herr Stv. Feiertag weist darauf hin, dass das Konzept seit 2009 existiert. Dies gilt noch und hat die Innenstadt vor einem Ausverkauf geschützt. Er möchte auch weiterhin keinen großflächigen Einzelhandel zulassen.

Herr Stv. Grüning stimmt dem Antrag zu. Die Innenstadt soll damit keinesfalls geschwächt werden.

Herr Stv. Wolf widerspricht den ersten beiden Vorrednern.

Herr Stv. Gassmann bittet darum, zu überlegen, wie unsere Stadt voranzubringen sei. Er sieht Risiken und verweist auf das Vorhandensein unserer Wirtschaftsförderung.

Herr Stv. Dr. Bödicker will darauf hinwirken, dass Leerstand vermieden wird.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, das „Einzelhandels- und Zentrenkonzept“ aus dem Jahr 2009 fortzuschreiben und damit den aktuellen Voraussetzungen anpassen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 16 Nein: 9 Enthaltungen: 0

10. Magistratsbericht
Berichterstatter: Bgm. Heppe

Zuständiger Fachbereich: - 1 / 4 -

Herr Bgm. Heppe trägt aus Zeitgründen nur die Punkte 2 und 3 vor. Punkt 1 ist aus diesem Protokoll ersichtlich.

1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung

- **06 - Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Gestaltungssatzung für die Eschweger Innenstadt**

Der Antrag befindet sich noch in der Bearbeitung. Der neu zusammengesetzte Gestaltungsbeirat wird sich ein weiteres Mal damit befassen und dann eine Empfehlung aussprechen.

- **51 - Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. freies WLAN in Eschwege, Beschluss-Nr. 129 der Stv.-Versammlung vom 11.11.15**

Beschluss Ausschuss Bauen und Umwelt am 14.03.17:

1. Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem WLAN-Konzept zu und gibt die Mittel für die Umsetzung frei.
2. Eine mögliche EU-Förderung ist bis zur Vergabe durch den Magistrat zu klären.

Die Eckpunkte lauten:

Errichtung eines öffentlichen WLAN in Eschwege für die „städtischen Räume“ Marktplatz, Obermarkt, Tourist-Info und Stadtbahnhof.

Kostenloser Internetzugang für die Öffentlichkeit, zeitlich unbegrenzt.

Die Stadt ist durch Beauftragung eines IT-Dienstleisters bei der Störerhaftung außen vor.

Der Hotspot Tourist-Info muss ggf. auf Grund des Haushaltsbudgets nachgezogen werden.

Auftragsvergabe über Magistrat erfolgt erst, wenn die EU-Förderung, die bis Sommer kommen soll, abgeklärt ist.

- **58 - Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen**

Der Antrag befindet sich noch in der Bearbeitung. Ein Teilergebnis ist der heute gefasste Aufstellungsbeschluss für ein neues Baugebiet.

- **59 - Antrag der CDU-, FWG – und FDP-Stv.-Fraktionen betr. Pilotprojekt Arbeitnehmer- und Pendlerfreundliche Öffnungszeiten im Rathaus**

Die Ergebnisse zum Thema Bürgerservice wurden in der Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses am 21.11.2016 umfassend vorgetragen. Im Fachbereich 3 „Ordnung und Soziales“ wird derzeit mit Hilfe eines externen Beratungsunternehmens eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Ziel ist in diesem Zusammenhang, den Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion vom 09.05.2016 zum „Pilotprojekt Arbeitnehmer- und Pendlerfreundliche Öffnungszeiten im Rathaus“ abzuarbeiten, mit den Zielsetzungen, die Aufgaben im Bereich des Bürgerservice sinnvoll zu bündeln, Öffnungszeiten bedarfsgerecht anzupassen und diesen Bereich mittelfristig in eine eigene Organisationseinheit umzuwandeln. Erste Ergebnisse sollen bereits nach der Sommerpause 2017 vorliegen.

- **61 - Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Eschwege-App**

Im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses am 21.11.2016 wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer App-Gestaltung vorgestellt und über Erfahrungen in anderen Städten berichtet. Bevor über die Realisierung einer App-Variante entschieden wird, ist zunächst die Eschweger Internetseite nutzerorientiert und auf mobilen Endgeräten abrufbar zu relaunchen. Die Ausschreibung des Projekts Internetrelaunchs wird aktuell nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung vorbereitet. Die Umsetzung des Projekts Relaunch der Eschweger Internetseite wird danach im späten Herbst 2017 im Haupt- und Kulturausschuss vorgestellt.

- **62 - Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Konzept für eine Verbesserung der Sauberkeit des Stadtbildes**

In einer internen Arbeitsgruppe wurden bereits einige Vorschläge ausgearbeitet.

1. Es wird ein vermehrter Einbau von Großmüllbehälter (bis zu 1000 l Fassungsvermögen) im Unterflursystem in einem 1. Schritt an rd. 20 Stellen im Innenstadtbereich und Grünanlagen, bei denen bisher normale Mülleimer installiert sind, durchgeführt.

Die Anschaffung wird vom BBH erledigt. Der Einbau erfolgt über erteilte Daueraufträge von FD 42 an den BBH noch in 2017. Die dadurch freiwerdenden Ressourcen (Man-Power des BBH) können dann verstärkt in den Säuberungsintervallen bei Straßenreinigung, Straßenbegleitgrün und öffentlichen Grünflächen sowie Verkehrsinseln im Stadtgebiet eingesetzt werden.

2. FD 31 soll die Aufgaben der Anlieger aus der Straßenreinigungssatzung nachhaltig umsetzen und verstärkt kontrollieren.
3. Zukünftig soll bereits im Rahmen der Planungsphase mehr Rücksicht auf den Pflege- und Unterhaltungsaufwand genommen werden.
4. Zusätzliche Mähintervalle der öffentlichen Grünflächen sowie intensivere Pflege der Verkehrsinseln und dem Straßenbegleitgrün sind nur umzusetzen, wenn mehr HH-Mittel hierfür von den städt. Gremien zur Verfügung gestellt werden.

Dies sind erste Zwischenschritte. Mit weiteren Details wird dann im Ausschuss zu rechnen sein.

- **63 - Änderungsantrag der Stv.-Fraktion Die Linke zum Antrag auf Änderung des § 16 (Anregungen) der Geschäftsordnung für die Stv.-Versammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege**

Im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses am 08.03.2017 wurden die Erfahrungen der Jugendförderung Eschwege mit den derzeit eingerichteten Beteiligungsmöglichkeiten, wie projektbezogene Jugendarbeit, Familienbüro etc. sowie weitere Möglichkeiten präsentiert, wie z.B. das Weiterstädter –Modell, das mithilfe der Einrichtung einer Stelle im Rahmen des Freiwilligen Soziales Jahres Jugend- und Kinderbeteiligung umsetzt. Der Haupt- und Kulturausschusses hat den Beschluss gefasst, das FSJ-Modell der Stadt Weiterstadt in einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses und des Ausschusses für Familie und Soziales vorzustellen. Der zuständige Mitarbeiter der Servicestelle Kinder und Jugendbeteiligung der Stadt Weiterstadt kann in Anbetracht seiner umfangreichen Tätigkeitsfelder eine Vorstellung des Projekts nicht leisten, so dass die Verwaltung daher weitere Informationen zusammentragen und einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise in einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses und des Ausschusses Familie und Soziales nach der Sommerpause 2017 abschließend vorstellen wird.

- **64 - Antrag der FDP-Stv.-Fraktion betr. Zahlung von Parkgebühren mittels SMS oder APP**

Fünf Unternehmen wurden um die Abgabe eines Angebotes gebeten. Vier liegen vor und werden z. Z. auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und ausgewertet. Weiterhin werden Erfahrungen anderer Städte eingeholt.

- **65 - Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Errichtung einer Regenschutzhütte am Werratalsee**

Sachverhalt wurde am 08.05.2017 im Magistrat vorgestellt. Ein Beschluss wurde noch nicht gefasst, da noch weiterer Beratungsbedarf besteht, was die konkrete bauliche Ausführung und die Kosten angeht.

- **67 - Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Weiterführung des Modellvorhabens „Integrierte energetische Quartiersanierung in Eschwege“**

Die beteiligten Nachbarkommunen signalisierten, dass das Projekt im Sinne eines interkommunalen Sanierungsmanagements auf Grundlage der entsprechenden KfW-Förderung weitergeführt werden soll und derzeit mit Hochdruck an der Förderantragstellung für das Sanie-

rungsmanagement gearbeitet wird. Über den konkreten Sachstand werden wir je nach Projektfortschritt voraussichtlich nach der Sommerpause bzw. im Herbst berichten. Aktuell sind die Projektskizze und die operationellen Schwerpunkte in der interkommunalen Abstimmung.

- **68 - Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Grillplätze für Eschwege – weil unsere Umgebung zum Verweilen einlädt**

Sachverhalt wurde am 08.05.2017 im Magistrat vorgestellt. Ein Beschluss wurde noch nicht gefasst, da noch weiterer Beratungsbedarf besteht.

- **69 - Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Verzicht auf die Realisierung eines öffentlichen Fußweges über das Gelände zwischen Kanuclub und Werra**

Der Antrag befindet sich noch in der Bearbeitung.

- **70 - Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Fußgängerbrücke über die alte Werra beim großen Wehr**

Im Rahmen eines FB 4 -Jour-Fixe ist entschieden worden, dass diese Maßnahme im Rahmen des neu beantragten "Stadtumbau Brückenhausen und Grünem Band entlang der Werra" umgesetzt werden kann bei entsprechender Förderung.

- **71 - Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Vermietungsverbot für Zirkusbetriebe mit Wildtierhaltung**

Nach Sichtung der derzeitigen Rechtslage, mit teils sich widersprechenden Urteilen, hat der Magistrat noch keine abschließende Auffassung erlangt. Das weitere Vorgehen ist von dem Ergebnis eines noch zu terminierenden interfraktionellen Gesprächs abhängig.

- **72 - Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Vorantreiben der aktiven Stadtsanierung in der Eschweger Innenstadt durch die PEG**

Die Konzeptentwicklung und die Vorstellung des Planungsstandes kann erst erfolgen,

- nach Haushaltsgenehmigung (ist inzwischen erfolgt)
- wenn die Mittel der PEG überwiesen sind und die
- danach entwickelten Projektideen vorentwickelt und vorgeplant sind
- und die Zustimmungen des Aufsichtsrats vorliegen.

- **73 - Antrag der Bündnis90/Die Grünen- Fraktion betr. Mehrwegbecher für „Coffee-to go“ – Aus Umweltverantwortung handeln**

Die Initiative Stadtmarketing Eschwege e.V. wurde mit Schreiben vom 14.03.17 gebeten, sich dem Ansinnen des Magistrats bzw. der Stadtverordnetenversammlung anzunehmen, eine Reaktion liegt noch nicht vor.

- **75 - Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktionen betr. Bericht über die Arbeit des Netzwerks Initiative Wirtschaft Eschwege NIWE**

Als nächstmögliche Finanzausschuss-Sitzung kommt die Sitzung am 15.08.2017 in Betracht.

- **76 - Antrag der Die Linke-Stv.-Fraktion betr. Bericht über die Planungen für einen Kunstrasen auf der Torwiese**

Auf der Basis der bisher geführten Vorgespräche mit SV 07 gab es inzwischen in der Verwaltung unter Beteiligung des Ing. Büros Henke hinsichtlich Kosten und Maßnahmenkatalog sowie den möglichen Umsetzungsmodalitäten weitere Gespräche zur Konkretisierung. Der konkrete Sachverhalt wurde in der Magistratssitzung am 29.05.2017 vorgestellt. Es ist erforderlich, zunächst hinsichtlich einer noch bestehenden Finanzierungslücke in einer Größenordnung von rd. 170.000 € gemeinsam mit SV 07 Lösungen zu diskutieren zur Vorbereitung der konkreten Umsetzungsentscheidungen (Maßnahmen; Übertragung von Zuständigkeiten u .ä.). Das Ergebnis wird danach dem Ausschuss für Bauen und Umwelt vorgestellt werden.

- **78 - Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Resolution für gebührenfreie Kindertagesstätten**

Das Anliegen wird den Bundestagsfraktionen, Landtagsfraktionen, der Hess. Staatskanzlei und Hess. Ministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Form eines Schreibens vorgetragen. Der Vorgang ist z. Z. in Bearbeitung.

2. Sanierungsmaßnahme Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld; Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Friedrich-Wilhelm-Straße

Die Eigentümer des Wohn- und Geschäftshauses Friedrich-Wilhelm-Straße in Eschwege planen die umfassende Modernisierung und Instandsetzung des erhaltenswerten Fachwerkhauses.

Die derzeitige Nutzung mit einem Ladengeschäft im Erdgeschoss und zwei vermieteten Wohnungen im 1. und 2. OG soll im Zuge der Sanierungsmaßnahme wieder um die weitere Wohnung im Dachgeschoss, die seit längerer Zeit leer steht, ergänzt werden.

Geplant sind u. a. die umfassende Modernisierung (Fenster, Bäder, Elektrik, Heizung, Böden, Malerarbeiten) in den einzelnen Einheiten sowie die Fassadeninstandsetzung inkl. neuen Anstrichs und die Erneuerung der Dachdeckung und –entwässerung.

Das voraussichtliche Investitionsvolumen dieser Maßnahmen beläuft sich auf Basis der vorgelegten Kostenschätzung - auf insgesamt 204.000,00 € brutto für die geplanten Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten.

Unter Berücksichtigung der positiven städtebaulichen Wirkung ist vorgesehen, die Maßnahme im Rahmen der förderrechtlichen Vorgaben mit der Bereitstellung eines Kostenerstattungsbetrages aus Sanierungsmitteln zur Schließung der dann noch bestehenden Finanzierungslücke umzusetzen.

Es ergibt sich dabei ein Förderbetrag aus Sanierungsmitteln von 40.900,00 €, das sind rund 16,8 %, bezogen auf die geschätzten Gesamtkosten der geplanten Maßnahme.

Der Magistrat hat die Sanierungsmittel bereitgestellt

Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

• Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 3 / Fachdienst 31	20.977,32 €
• Anschaffung einer Blitzeinheit für den örtlichen Ordnungsbehördenbezirk	5.932,15 €
• Umgestaltung öffentlicher Raum, Teilobjekt „Verzahnung Werra-Stadt“; Übertragung der Ingenieurleistungen – Beratungsleistungen - Ingenieurvermessung etc.	43.859,87 €
• Eigenkontrollverordnung – TV-Inspektion für die Kreisstadt einschl. Verbindungssammler Niederdünzebach	<u>29.098,77 €</u>
Gesamtsumme:	99.868,11 €

Herr Stv. Gassmann erinnert an seine Anfrage bezüglich bezahlbaren Wohnraum. Er wäre auch vorerst mit Teilantworten zufrieden.

Herr Bgm. Heppel antwortet darauf, dass die Antwort fast fertig sei. Es steht noch eine externe Rückantwort aus, die Anfrage ist jedenfalls im Geschäftsgang.

11. Anregungen

11.1 Organisation der Stadtverordneten-Sitzungen

Zuständiger Fachbereich: 1

Frau Stv. Jaqueline Stolle regt an, wegen der Dauer der Stadtverordneten-Sitzungen für 2017 eine Sitzung mehr einzuplanen, den Magistratsbericht wieder an den Anfang zu bringen. Wenn alle für eine Verlängerung der Stadtverordneten-Sitzung gestimmt haben, dann sollten die Stadtverordneten auch bis zum Ende der Sitzung anwesend sein.

Herr Stv.-V. Hamp erwidert, dass er versuche, die Sitzungen kürzer zu halten.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 08.06.2017**

gez. Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)